05EUS2012000020 Westdt. Beobachter 1935
Faktor 20
Sa.

Umgebung. Und von ihrem Zentrum aus beherrscht die Reichshauptstadt unmittelbar alle Zielgebiete der Umgebung, die auf Luftverkehr der Metropole zusammenlaufen.

Dieser für die ganze französische Grundhaltung typische Artikel zeigt, daß die Gegnerschaft vor Deutschland immer noch die Hemmungen besitzt, vor allen Dingen verlangt man mit außerordentlicher Geschicklichkeit, Deutschland erneute Verhandlungsbereitschaft nach dem Osten ganz leichthin. Die deutsche Aufrüstung, so sagt man, diene nur der „deutschen Dynamik", wie das beliebte Schlagwort heißt, die sich nach dem Osten und Südosten Europas gewaltsam vorarbeiten wolle. Den einleuchtenden und einfachen, Dartagenen gegenüber deutscherseits hat man bisher mit ganzer Eindringlichkeit das Gegenteil gesagt. Wir getrauen uns, daß ohne eine verminderte Klärung dieser ganz einen Verständigung ausführen ist. Der Führer hat mehr als genug diese bisherige Erklärungen abgegeben. Die deutsche Aufrüstung kann aus dem Wesen nationalsozialistischer Weltanschauung heraus überhaupt keine imperialen Expansionsneigung haben, denn unser Weltanschauung will ja gerade die Gleichheit zwischen Mann- und Staatsorganen herbeiführen. Dich, weil wir angreifen wollen, sondern weil unser nationale Ehrbegriff im Dhen behördlich: darum ist eine militärische Stärkung Deutschlands, eine Verteidigungsarmee, notwendig! Die Sowjetunion und die Komintern sind eine internationale haben mehr als genug Waffe für Verteidigung gegen Deutschland gesiefert. Die offene Kampfansage an Nationalsozialismus ist von uns schon richtig verstanden worden. Sie war ein richtiger Beweis für die absolute Notwendigkeit einer starken Verteidigungswaffe, die allen Gefahren dieser Welt begegnen gewachsen ist. Es dürfte einem gerechtdenken Franzosen bei einigermaßen gutem Willen wirklich nicht schwer fallen, diese militärischen Notwendigkeiten Deutschlands einzusehen. Denn das wahre Wesen des Nationalismus (und Sozialismus) wohl auch in Frankreich erkannt werden.

*

Weiter kann man sagen, daß die bisherigen Stimmen aus Paris noch nie vor eine direkte Fühlungnahme mit Berlin abstehen. Man glaubt durch Hinweis auf die Freundschaft mit anderen Völkern in Berlin Eindruck machen zu können. Frankreich will, wenn es mit Berlin verhandelt, das nur unbedingt mit anderen befreundeten Staaten tun. Nur ist man sich innerhalb der maßgebenden französischen Kreise nicht darüber im klaren, ob diesen Staaten auch Sowjetrußland gehören soll.

Die Einführung unter Führung der Nationalsozialisten will die Verständigung mit dem Einverständnis Moskaus. In der „Republik" schreibt der bekannte Politiker Pierre Brossolette:

An letzten Samstag hat Minsterpräsident Pierre Laval dem Kabinett einen Bericht über seine letzten Auswahlen einen kleinen Vortrag gehalten, in dem er unter anderem die politische Lage Europas beurteilte. Es scheint also erwünscht worden sein, daß Laval diese seine Ansichten auch der Öffentlichkeit bekanntgibt. Wir stehen also erneut vor dem deutschen Problem. Wir sind nicht der Ansicht, daß wir heute irgendwelche Bemerkungen zu den Bedingungen machen, die in der eventuellen Antwort Hitlers erwähnt werden dürfen oder nicht. Damals Aber einer Verhandlung mit Deutschland scheint allzusehr nicht gesichert, denn seiner Ansicht nach ist es nicht der Augenblick, da Frankreich Deutschland gegenüber eine Haltung einnehmen könnte, die es in der Vergangenheit eingenommen hat. Wir sind der Ansicht, daß Laval diese Haltung nicht einnehmen will. Wir sind der Ansicht, daß Laval diese Haltung nicht einnehmen will. Wir sind der Ansicht, daß Laval diese Haltung nicht einnehmen will. Wir sind der Ansicht, daß Laval diese Haltung nicht einnehmen will.

Weiter kann man sagen, daß die bisherigen Stimmen aus Paris noch nie vor eine direkte Fühlungnahme mit Berlin abstehen. Man glaubt durch Hinweis auf die Freundschaft mit anderen Völkern in Berlin Eindruck machen zu können. Frankreich will, wenn es mit Berlin verhandelt, das nur unbedingt mit anderen befreundeten Staaten tun. Nur ist man sich innerhalb der maßgebenden französischen Kreise nicht darüber im klaren, ob diesen Staaten auch Sowjetrußland gehören soll.

Die Einführung unter Führung der Nationalsozialisten will die Verständigung mit dem Einverständnis Moskaus. In der „Republik" schreibt der bekannte Politiker Pierre Brossolette:

An letzten Samstag hat Ministerpräsident Pierre Laval dem Kabinett einen Bericht über seine letzten Auswahlen einen kleinen Vortrag gehalten, in dem er unter anderem die politische Lage Europas beurteilte. Es scheint also erwünscht worden sein, daß Laval diese seine Ansichten auch der Öffentlichkeit bekanntgibt. Wir stehen also erneut vor dem deutschen Problem. Wir sind nicht der Ansicht, daß wir heute irgendwelche Bemerkungen zu den Bedingungen machen, die in der eventuellen Antwort Hitlers erwähnt werden dürfen oder nicht. Damals Aber einer Verhandlung mit Deutschland scheint allzusehr nicht gesichert, denn seiner Ansicht nach ist es nicht der Augenblick, da Frankreich Deutschland gegenüber eine Haltung einnehmen könnte, die es in der Vergangenheit eingenommen hat. Wir sind der Ansicht, daß Laval diese Haltung nicht einnehmen will. Wir sind der Ansicht, daß Laval diese Haltung nicht einnehmen will. Wir sind der Ansicht, daß Laval diese Haltung nicht einnehmen will.

Erste Tagung des Reichskultursenats

Berichte der Präsidenten der Einzelkammern - Reichsminister Dr. Goebbels über Staatsführung und Kunst

Berlin, 18. November

Ministerpräsident nach der großen Jahrestagung der Reichskulturkammer nahm der reichsdeutsche Reichsministerrat seine Arbeit auf. Im Theatersaal des Preußischen Herrenhauses fand die erste Tagung des Reichskultursenats statt, mit einer Ansprache des Präsidenten der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, das Wort und führte aus:

Es gehe kaum einen Staat, in dem ein so enges Verhältnis zwischen Staatsführung und der Kunst bestehe wie im neuen Deutschland. Die beiden Gebiete haben neuen Grundlage ein Kulturschaffenden eines Theaters vorgesetzt, jenen ihnen jährlich einmal die tiefste Grundlage für ihre weitere Arbeit gegeben.

Ausgehend behandelte der Minister die Aufgaben des Reichskulturrates und seine Gliederungen. Indem der Nation als Repräsentant der gesamtpolitischen Kunst- und Kulturgeschehens für das ganze Volk.

Wenn der Deutsche Rückblick im Geist und im Sinne nationalsozialistischer Weltanschauung seine Pflicht an der Deutschen Kultur einer neuen Blüte entgegengehen.

Propagandatagung der Filmstellenleiter

Ständige Verbindung zwischen Regierung und Volk

Köln, 18. November.

Zu einer Schulungs- und Propagandatagung der Filmstellenleiter hatte die Gaufilmstelle Rheinland-Süd der Gau der Reichsfilmkammer für Sonntag nach Köln eingeladen. Aus dem Gaugebiet waren die Filmstellenleiter der Kreise und Ortsgruppen erschienen, die teils aus ihren Arbeitsgebiet berichteten, teils aus ihren Erfahrungen Anregungen für die Arbeit und Schulungsmaterial mitnahmen.

Der Gaufilmstellenleiter Pg. Wiedeking gab einen umfassenden Überblick über die gesamten Aufgaben des Filmes und seine Stellung im Rahmen der Gesamtkultur. Er führte er aus, daß in der Filmarbeit Gedanke und organisatorische Tätigkeit aufreizt habe, so werde in der Folgezeit der Schwerpunkt auf Schulung in der Hand der Schulung und Propaganda zur Verfügung gestellt werden. Darauf aufbauend werden Gesetze und Verordnungen erlassen werden, die den Filmschaffenden das Führen in der Gemeinschaft erleichtern. Alle Filmarbeit, unabhängig von Erfolgen oder Mißerfolgen, müsse getragen sein von dem Willen, das Beste zu geben. Dann werde auch der Film

Sentimentaler Kitsch

Die Berichterstattung über den Fabrikarbeitsdienst der Studentinnen

„Die Ordnung des deutschen Volksbodens"

Reichsminister Kerrl auf dem Reichsbauerntag

Goslar, 18. November.

Am 2. Tag der Haupttagung des Reichsbauerntages sprach Reichsminister Kerrl über die „Ordnung des Deutschen Volksbodens". Er führte u. a. aus:

Die Forschung nach den Ursachen der sittlichen und biologischen Gefährdung der deutschen Lebenskraft führte uns zum Boden, aus dessen Kräften allein wir unsre Art materiell und biologisch erhalten können. Zum andern brachte uns das Diktat von Versailles die Endlichkeit unsers Lebensraumes zum Bewußtsein, und der Zusammenbruch der Weltwirtschaft verbaute uns die Wege, auf denen man bislang vor der immer stärker um sich greifenden inneren Not ausgewichen war. Wir waren und sind damit ganz auf uns selbst angewiesen. Innere und äußere Momente weisen gebieterisch darauf hin, unsre Raumwertung zu vertiefen und eine sinnvolle Raumordnung einzuleiten.

Ueberall auf der Welt gilt der Satz, daß der Boden auf die Dauer nur dem gehört, der ihm durch den Pflug eng verbunden ist! Die Erkenntnis, daß Faktoren des Raumes als Mittel und Rahmen auch für unsre zum Gedeihen von Volk und Rasse so notwendige neuzeitliche Siedlungsbewegung von ausschlaggebender Bedeutung sind, weist uns heute die Wege zu einer organischen Dauerlösung. Den bäuerlichen Charakter der deutschen Agrarverfassung hat das römische Recht mit allen seinen Folgen überwiegend vernichtet. Wenn der Nationalsozialismus in Deutschland neue Lebensgrundlagen für das Bauerntum schaffen wollte, so mußte er vor ...

... Raumes hat die Reichsstelle für Raumordnung zu verwirklichen. Planungsbehörden sollen bei dieser Arbeit die Oberpräsidenten und Reichsstatthalter werden. Die vorbereitende Tätigkeit für eine sinnvolle Planung und zweckmäßige Ordnung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Auf die Mitarbeit der Fachministerien des Reiches kann die Reichsstelle für Raumordnung bei der Durchführung ihrer Aufgaben nicht verzichten. Aufgabe der Reichsstelle ist es nicht, einzelne Planungen selbst zu betreiben, sondern Sonderplanungen auf Grund einer genauen Kenntnis aller Verhältnisse zum Wohle des Ganzen aufeinander abzustimmen.

In der Raumordnung haben wir ein politisches und wirtschaftliches Mittel, um der geistigen, materiellen Aufwärtsentwicklung des deutschen Volkes den Weg zu bereiten. Die Raumordnung erstrebt, daß die Verteilung des Bodens und die Art seiner Nutzung sowie der Einsatz aller wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte im deutschen Raum in einer Weise erfolgt, die geeignet ist, einen zweckmäßigen und bodenverbundenen Siedlungs-, Wirtschafts- und Volksaufbau sicherzustellen.

Nach Reichsminister Kerrl sprach Reichsarbeitsführer Hierl über den „Reichsarbeitsdienst als Dienst an Blut und Boden." Es müsse bedacht werden, daß der Reichsarbeitsdienst nicht nur eine Arbeitsgruppe in der Erzeugungsschlacht, sondern vor allem eine Schule der Nation zu sein hat, in der die Jugend nach nationalsozialistischen Grundsätzen erzogen wird. Die ideelle Bedeutung dürfe nicht übersehen werden. Die Arbeitsmänner wissen, daß es eine Ehre ist, den deutschen Boden bearbeiten ...

Das Jagdjahr in der Voreifel

Schon Auswirkungen des Reichsjagdgesetzes

Gemünd-Eifel, 18. November.

Freudemanns „ehrenamtliche" Tätigkeit

Ein Volksschädling und sein Helfer kamen ins Konzentrationslager

Berlin, 18. November.

Sturm an der portugiesischen Küste

Likörbrennerei der Mönche von Chartreuse durch Erdrutsch zerstört

Paris, 18. November.

Erbhof grundsätzlich geschützt

Ein bedeutsamer Spruch des Reichserbhofgerichtes

5000 Kraftdroschken verschwinden

Köln, 18. November.

Rücksichtsloser Autofahrer

Allgemeine Viehzählung am 3. Dezember 1935

Berlin, 18. Nov. (Eig. Meld.)

Westdeutsche Kurzmeldungen

Sonntagsrückfahrkarten mit verlängerter Geltungsdauer nach Eifelstationen

Zwei Frauen wegen Devisenverbrechens im Zuchthaus

Wiesbaden, 18. November.

Brieftasche des gefallenen Mannes jetzt zurückerhalten

Vorbereitung zum Hochverrat

Darmstadt, 18. November.

Ihr bester Kunde ist der Zeitungsleser! Der kluge Geschäftsmann bevorzugt daher für seine Anzeigen stets den WB

Werde Mitglied der NSV

Nachruf!

Unerwartet verschied nach kurzer Krankheit das Beiratsmitglied unserer Berufsgenossenschaft, Herr

Dipl.-Ing. C. W. Bauer

in Wuppertal-Cronenberg.

Düsseldorf, den 16. November 1935.

Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft

Wieder einmal
Rund um die Welt
Für Sie vielleicht zum ersten Male
Die Hamburg-Amerika Linie
Auskunft und Prospekte durch die Hamburg-Amerika Linie

Reichsnährstand sichert Wehrfreiheit

Der Reichsbauernführer und der Stellvertreter des Führers sprachen in Goslar

Reichsminister Darré

Goslar, 18. November.

Als wir im vorigen Jahre hier in Goslar zur Erzeugungsschlacht aufriefen, da erregte unsre Absicht das Kopfschütteln aller nicht in unsern Reihen stehenden Sachverständigen der Wirtschaft. Heute kann man mit Recht behaupten, daß der Agrarpolitik des Nationalsozialismus ein voller Erfolg beschieden gewesen ist. Die Reichsregierung hat in allen wesentlichen Punkten die Verpflegung des deutschen Volkes sicherstellen können.

Daß wir heute, fuhr Darré fort, noch an den Folgen der Wirtschaftspolitik der Vergangenheit leiden, sei selbstverständlich, das zeige sich am besten auf dem Gebiete der Fettversorgung. Man könne nicht erwarten, daß die Schäden einer seit 80 Jahren fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik in zwei kurzen Jahren nationalsozialistischer Agrarpolitik vollkommen zu beheben seien. Die heutige Verknappung in der Fettversorgung gehe zurück auf die geradezu sträfliche Vernachlässigung der Erzeugung von Fett in den Jahrzehnten vor der Machtübernahme.

Das Fettproblem sei heute in Deutschland ein Devisenproblem und könne nicht ohne Beziehung zum Rohstoffproblem, das ebenfalls ein Devisenproblem sei, beurteilt werden.

Das deutsche Volk müsse sich heute immer wieder die Frage vorlegen, ob es lieber ausreichend Butter esse oder im Interesse seiner Arbeitsbeschaffung sich vorübergehend einschränke. Wenn nun von vielen Seiten dargelegt werde, daß in Deutschland mehr Nahrungsmittel verbraucht würden als in den Elendsjahren seit 1918, ja selbst an hochwertigen Nahrungsmitteln mehr verzehrt werde als 1913, so könnten solche Hinweise nicht zu falschen Maßnahmen gegenüber dem Lebensmittelverbrauch der Bevölkerung verleiten. Mit Befriedigung könne er feststellen, daß die Lebenshaltung des deutschen Menschen sich im nationalsozialistischen Staat erheblich gebessert habe.

In Uebereinstimmung mit dem Führer könne er erklären, daß weder der Führer noch er daran denke, zum Kartensystem überzugehen. Der Reichsbauernführer ging dann auf die Kritik an der Marktordnung ein. Man könne die

Marktordnung

nicht beurteilen, indem man auf die Organisationsformen hinstarre, sondern man müsse sie beurteilen auf Grund ihrer Leistung gegenüber der Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes. So habe, um nur ein Beispiel anzuführen, die Ordnung des Milchmarktes in Württemberg zu einer Steigerung der Milcherzeugung um fast 30 v. H. geführt. Man habe aus der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung heraus bei Uebernahme der Verantwortung so gehandelt, wie es nach Lage der Dinge richtig und zweckmäßig erschien.

Es sei kein Zufall, daß man diese Feststellungen wirtschaftspolitischer Natur in dem gleichen Rahmen treffen könne, das uns die Wehrfreiheit gebracht habe. Denn es bestehe zwischen dem

Wehrstand und dem Nährstand

eine sehr viel unmittelbarere Verbindung und ein viel engerer Zusammenhang, als das gewöhnlich in der breiteren Oeffentlichkeit gesehen und erkannt werde. Man könne kein Bauerntum haben, ohne gleichzeitig das Schwert zu schmieden, das die Freiheit des Bauern schützt. Die Freiheit des Bauern bestehe aber immer in erster Linie darin, den Ertrag seiner Arbeit wiederum in den Dienst seiner Arbeit, seines Daseins stellen zu können. Daher setzt die Freiheit die Waffe voraus, um den durch Arbeit geschaffenen Arbeitsertrag auch verteidigen zu können. Es ist auch geradezu symbolhaft zu nennen, wenn in diesem Jahre der Wehrfreiheit 1935 dem letzten Generalfeldmarschall des Weltkrieges, v. Mackensen, durch die Uebereichung des Erbhofes Brüssow durch die Reichsregierung der Ehrentitel „Bauer" verliehen wurde.

Der Reichsbauernführer behandelte dann die ...

Prämiierungen zuzulassen, die auf ein ausländisches Tier als Vater oder Mutter zurückgehen, es sei dann, daß die Einfuhr des ausländischen Elterntieres von mir aus Gründen der Zucht ausdrücklich gebilligt und genehmigt worden ist.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch gegen den immer wieder vorgebrachten Einwand Stellung nehmen, als wenn das

Reichserbhofgesetz

die letzten wirtschaftlichen Möglichkeiten im Dienste der Erzeugungsschlacht verhindere. Man begründet diesen Hinweis damit, daß der Erbhof es ja nicht gestatte, genügend Betriebsmittel aufzunehmen, um ihn mit höchstem Kräfteeinsatz zu bewirtschaften. Dies stimme sachlich nicht. Denn die Aufnahme einer dinglich gesicherten Schuld auf den Erbhof ist ja mit Einwilligung des Anerbengerichtes jederzeit möglich.

Vielfach ist mir auch nahegelegt worden, so führte Darré weiter aus, die Betonung der Blutsfragen im Bauerntum nicht so sehr in den Vordergrund zu stellen, zum mindesten sie aber jetzt den wirtschaftlichen Fragen der Erzeugungsschlacht gegenüber zurücktreten zu lassen. So richtig es nun ist, heute alle unsre Kräfte auf die Erzeugungsschlacht zu vereinigen, so wenig ist damit bewiesen, deswegen die Behandlung der Blutsfragen im Reichsnährstand zurückzustellen. Die Führung des Reichsnährstandes ist daher auch entschlossen, auf dem Gebiete der Blutsfragen die durch Reichsgesetz geforderte Aufgabe zu bewältigen.

Heute will ich sogar schon ankündigen, daß ich als ein Mittel zur Wiedererweckung des Blutsgedankens, das heißt des Gedankens der bäuerlichen Sitte, alles das fördern werde, was, wie z. B. das Wappen, Ausdruck des Blutsstolzes darstellt.

Allerdings werden wir uns dabei von heraldischen Spielereien und feudalen Wichtigtuereien fernzuhalten wissen. Wir werden den Gedanken der Wiederbelebung der Wappen aber auch aus einem sozialen Gedanken heraus verwirklichen, weil ja gerade in der Frage des Blutes am einfachsten die Brücke zwischen Stadt und Land, zwischen Bauerntum und Arbeitertum geschlagen werden kann.

Rudolf Heß

ergriff dann das Wort, um dem deutschen Bauernvolk die Grüße des Führers zu entbieten.

Der Stellvertreter des Führers betonte zunächst, daß nirgends anschaulicher als hier zum Bewußtsein gebracht werde, daß im deutschen Bauerntum beste Art unsers Volkes durch die Jahrtausende erhalten geblieben sei. Gerade denen, die Rasse und Eigenart bewahrt haben, müsse der jüdische Bolschewismus Feind sein. Im Marxismus und Bolschewismus sei der Kampf des Judentums gegen Deutschland geführt worden, ein Kampf, der sich mit dem Versailler Vertrag und nach dem Kriege in erster Linie gegen die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes gerichtet habe.

Die Führer der bolschewistischen Weltrevolution hatten Deutschland bereits als sicherste nächste Etappe für die Bolschewisierung Europas betrachtet, wie es die Funde im Karl-Liebknecht-Haus bewiesen.

Nachdem Adolf Hitler mit seiner Gegenorganisation in 12. Stunde die bolschewistische Organisation in Deutschland niederwarf, setzte der im Weltjudentum verkörperte Bolschewismus seinen Kampf von außen her fort; denn nichts anderes sei die jüdische Boykotthetze gegen deutsche Waren. Man wollte Deutschlands Ausfuhr weiter abwürgen, damit die Einfuhr von Lebensmitteln weiter zurückginge mit der Folge, daß Hunger in Deutschland doch noch ausbreche und das Hitlerregiment endlich durch den Bolschewismus abgelöst würde.

Wenn diese Rechnung fehlgeschlagen sei, so sei dies in erster Linie neben den zielsicheren Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung der wiedererweckten Kraft des deutschen Bauerntums zu danken.

„Die Erzeugungsschlacht", so rief der Stellvertreter des Führers aus, „ist im wesentlichen eine Abwehrschlacht gegen den Bolschewismus. Mit Stolz stellen wir fest, auch diese Schlacht in unserm Verteidigungskrieg gegen die rote Flut war erfolgreich."

Nur den könne es wundern, daß im Verlauf dieser Schlacht auch Schwierigkeiten aufgetreten seien, der eine Schlacht mit einem Parademarsch verwechselt. Auf den Enderfolg komme es an, und der sei in der gelungenen Abwehr des Hungers als des gefährlichsten Kampfmittels des Bolschewismus erreicht. Wenn wir auch in diesem Kampf genötigt gewesen seien, uns so weit wie möglich von der Welt unabhängig zu machen, so seien uns damit noch autarke Bestrebungen gegen unsern Willen aufgezwungen worden. Es sei Deutschlands feste Ueberzeugung, daß wirtschaftliche Beziehungen und Handelsaustausch mit anderen Völkern dem gegenseitigen Verständnis förderlich und damit der Erhaltung des Friedens dienlich sind, der den gequälten Völkern so bitter nötig ist.

Zu des neuen Deutschlands größten Leistungen gehört, daß das deutsche Volk vor dem Hunger bewahrt blieb. Was bedeuten dem gegenüber zwischendurch auftretende kleine Schwierigkeiten, wie das Fehlen von 10 Prozent des Fettbedarfs oder des Schweinefleischs. „Ich weiß sehr wohl einzuschätzen", sagte Rudolf Heß, „was es für einen Schwerarbeiter bedeutet, wenn er nicht ganz das Quantum Fett erhält, das er benötigt. Aber ich weiß auch, daß nichtsdestoweniger der deutsche Arbeiter es ist, der sich am wenigsten durch einen vorübergehend auftretenden Verzicht erschüttern läßt in seiner Treue zu einer Idee und einer Führung, die für gut anzuerkennen er sich im schweren inneren Kampf durchgerungen hat. Um so weniger wird er sich erschüttern lassen, als er sieht, daß nicht böse Preistreiberei auf dem Buttermarkt infolge der Verknappung etwa unter dem Einfluß ausländischer Spekulanten geduldet wird. Der deutsche Arbeiter sieht vielmehr, daß die Butterverknappung nicht auf seinem Rücken ausgetragen wird, sondern daß das gesamte deutsche Volk in nationaler Disziplin einen vorübergehenden Mangel dadurch leichter erträgt, daß es ihn unterschiedlos auf sich nimmt".

Der deutsche Bauer habe, so führte Rudolf Heß zum Abschluß der Tagung aus, neben der ehrenvollen Aufgabe, die materielle Lebensgrundlage unsers Volkes zu sichern, noch ein weiteres kostbares Gut zu betreuen: das beste deutsche Blut, das in so reichem Maße im deutschen Bauerntum vorhanden ist. „Der Kampf geht weiter, wenn auch immer wieder mit anderen Mitteln. Hauptträger des Kampfes bleiben die braven treuen Kämpfer an der Front draußen im Volk."

Frische Bauernjugend in Goslar — Foto: Scherl

Judenwirtschaft oder volksgebundene Wirtschaft? / Der Liberalismus stirbt, der Sozialismus wird ihn in der ganzen Welt ablösen

(Drahtbericht unsers nach Goslar entsandten Wirtschaftsschriftleiters Leo Schäfer)

Goslar, 18. November.

Der 3. Reichsbauerntag nähert sich seinem Ende. Während der Freitag internen Beratungen des Reichsbauernrates gewidmet war, wurden am Samstag im Rahmen der 2. Haupttagung sehr aufschlußreiche Referate von Reichsminister Kerrl, Reichsarbeitsführer Hierl, Reichsführer SS Himmler, Staatssekretär Backe und Stabsamtsführer Reischle gehalten.

Der Eindruck, den der bisherige Verlauf der Tagung auf alle Teilnehmer machte, ist außerordentlich stark. Als bester Maßstab hierfür gilt wohl das Urteil, das seitens der ausländischen Pressevertreter abgegeben wurde, die gestern einen Empfang beim Reichsbauernführer hatten. Verständlicherweise ist das Ausland überwiegend an der Weiterführung der Erzeugungsschlacht interessiert; einmal, weil wir gleichlaufend auch in zahlreichen andern Staaten Bestrebungen verfolgen können, in der Nahrungsmittelversorgung unabhängig zu werden; zum andern aber sind die Auswirkungen der Erzeugungsschlacht auf die internationalen Handelsbeziehungen nicht zu verkennen.

Wir hatten Gelegenheit, mit den Vertretern verschiedener ausländischer Blätter über das ...

... Gesittung ausgestorben sind. Hier liegt die Grunderkenntnis unsrer Zeit.

Die Gesittung eines Volkes gleicht der Ernte des Bauern auf dem Felde. Diese kommt nicht aus dem blauen Himmel, sondern will erkämpft, erstritten und erarbeitet sein. So ist Bau und Pflege des Bodens Sinn und Anfang aller Kultur, aller Gesittung. Was für den Bauern der Ackerboden ist, ist für das Volk sein Blut.

Der Ruf der Erzeugungsschlacht zu einer verbesserten Nutzung und Pflege unsers Heimatbodens ist nichts allein eine verstandesmäßige Handlung zur Beseitigung unsrer welt- und binnenwirtschaftlichen Notlage, er ist ebenso eine für unser Blut kennzeichnende Handlung. Unsre Wirtschaftsordnung, unsre Marktordnung ist gleichfalls im Grunde nichts andres als eine Auswirkung unsrer blutsmäßigen Gebundenheit in diesen Dingen.

Der Begriff der Ordnung gehört zu den Urbegriffen unsrer Rasse. Wenn die Gesamtheit von Ordnungsgedanken beherrscht wird, genießt ihn mit dem Ganzen auch der einzelne. So ist die Marktordnung eine wahrhaft schöpferische Tat aus unserm ererbten Blutsempfinden und damit aus dem reinsten nationalsozialistischen Denken.

Freie Wirtschaft? Was ist heute noch davon da? Die Erschließung der Welt ist, wie Backe erklärte, im Großen gesehen, beendet. Vom ungebundenen wirtschaftlichen Verkehr der Staaten untereinander ist wenig mehr übriggeblieben. Ueberall Schranken und Hemmungen der Einfuhr zum Schutze der nationalen Wirtschaften. In den Ländern selbst sieht es nicht viel anders aus. Ueberall, nicht nur bei uns, herrscht die Erkenntnis vor, daß es ohne Bindungen und Einflußnahme des Staates, zum Beispiel auf die Preisbildung, nicht mehr geht. Diese Entwicklung ist eben eine natürliche Begleiterscheinung der hochentwickelten Technik. Die Einsicht ist überall vorhanden; teilweise fehlt es allerdings noch an entsprechenden Maßnahmen. Denn die jüdische „Aufklärung" setzt aus begreiflichen Gründen alle ihr zur Verfügung stehenden Propagandamittel in Bewegung, um zu verhindern, daß die Position des Judentums geschwächt wird. Aber es ist ein von vornherein zum Mißlingen verurteilter Versuch.

Die internationale Herrschaft des Judentums auf dem Wege über die Wirtschaft ist vom Nationalsozialismus erstmalig durchbrochen worden, und die allmähliche Beseitigung der Wirtschaft ...

Die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen

Berlin, 18. November.

Schluß des redaktionellen Teils

Oh - diese Männer!

Im Anfang war der Kinderkreisel

BLAUPUNKT SUPER 4W55
Ein 4-Röhren-Super mit Kreiselantrieb
für RM 265.– mit Röhren!
Ideal Werke A.G., Berlin-Hohenschönhausen
BLAUPUNKT

05EUS2012000020 Westdt. Beobachter 1935 Faktor 20 Sa.

Kraft aus der Gemeinschaft

Aufruf des NS-Studentenbundes

Leipzig, 18. November.

Der NSD-Studentenbund, Leipzig, hielt zu Beginn des Wintersemesters in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste einen feierlich gestalteten öffentlichen Appell ab. Bei dieser Gelegenheit brachte der Reichsamtsleiter des NSD-Studentenbundes, Albert **Derichsweiler**, einen Aufruf zur Kenntnis, der in den nächsten Tagen an sämtlichen Hoch- und Fachschulen zur Verlesung kommen wird. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Die letzten Wochen haben den gewaltigsten Umbruch gezeitigt, der je in der Geschichte des deutschen Studenten verzeichnet worden ist. Die seit mehr als einem Jahrhundert das deutsche Hochschulleben beherrschenden studentischen Verbindungen haben sich unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Erlebnisses freiwillig entschlossen, ihre Symbole zu senken und sich und ihre Einrichtungen der studentischen Gliederung der NSDAP, dem NSD-Studentenbund, zur Verfügung zu stellen. Damit hat der seit der Machtergreifung Adolf Hitlers im deutschen Volk zutiefst verankerte Wille, in einer geschlossenen Kampffront Volk und Reich neu zu gestalten, auch im studentischen Leben seine Verwirklichung gefunden. Auf Deutschlands Hoch- und Fachschulen steht heute die Mannschaft des NSD-Studentenbundes. Diese Mannschaft ist die **alleinige Trägerin** aller weltanschaulichen und politischen Aufgaben, die den geistig schaffenden Nachwuchs betreffen.

Damit beginnt eine Entwicklung, die entscheidend sein wird für das Gesamtbild des Geistesarbeiters im Dritten Reich. Einig im Wollen, geleitet und getragen von der Idee des Führers, muß das ganze deutsche Volk Arbeiter sein am Neubau des Dritten Reiches. Und dabei ist es völlig gleichgültig, ob die Arbeit mit der Faust oder mit der Stirn geleistet wird. **Nie wieder darf es im deutschen Volk Unterschiede oder Klassen geben**, die ihren Ursprung in einem höheren oder geringeren Maße an schulischer Bildung haben. Höhere Schulbildung bedeutet nur höhere Verpflichtung, nie aber größeres Recht. Wir Studenten, besonders aber die jüngeren, die heute neu die Hoch- und Fachschulen beziehen, sind berufen, den neuen Typ des geistig schaffenden deutschen Volksgenossen zu formen. Wir haben anzurennen gegen alle Widerstände, die uns die Vergangenheit entgegenstellt, gegen allen Dünkel und alle Eigensucht, die wie ein unseliges Erbe von Generation zu Generation schlichen und Deutschlands Geschlossenheit und Kraft untergruben. Als bewußte Kämpfer, als Menschen, die Sinn und Ziel erkannt haben und gradlinig auf der beschrittenen Bahn vorwärts schreiten, haben wir Vollstrecker der Idee und des Willens des Führers zu sein, haben wir uns einzusetzen für die Vollendung der deutschen Volksgemeinschaft.

Wir dürfen die Aufgabe, die uns zufällt, nicht gering achten. Denn davon, wie wir sein werden in unserem Kampf, wird es abhängen, ob die kommende Generation ihre Pflicht für Bewegung und Volk erfüllen wird oder nicht. Wir sammeln heute die wertvollen Kräfte aus allen Lagern in unserer Mannschaft, um sie auszurichten auf das große Ziel, dann aber muß ein jeder, dem es um die deutsche Sache ernst ist, sich selbst einsetzen nach seinem besten Können. Nie mehr darf der deutsche Student Einzelgänger sein, er muß wissen, daß **Großes nur in der Gemeinschaft** geschaffen werden kann. Nur dort, wo jeder sich ganz und freiwillig in den Kampf hineinstellt, wo er mit Stirn und Faust sich einsetzt und mehr tut als von ihm verlangt wird, wird es möglich sein, das Ziel zu erreichen.

Unser Ziel aber ist das Ziel des Führers.

Kameraden des **ersten** Semesters, an euch tritt heute die Entscheidung heran, ihr habt zu wählen, ob ihr auch als Einzelgänger und eigensüchtige Streber euch absondern oder als lebensvolle Menschen eure Pflicht in der Gemeinschaft der Studenten des Führers tun wollt, ob ihr Spießer oder Kämpfer sein wollt. Wir zwingen keinen dazu, sich in unsere Reihen zu stellen. Wir werden auch dem, der draußen bleibt, die Wege nicht versperren. Wir haben keine Zeit, um uns mit ihm zu befassen. Unsere Zeit treibt uns vorwärts, unsere Pflicht heißt Deutschland, unser Leben heißt Kampf."

Ein Reinfall

Holländischem Offizier wurde Hakenkreuzflagge beschlagnahmt

Aachen, 18. November.

Unter der Ueberschrift „Was sitzt dahinter" konnte man in einem Limburgischen Blatt lesen, daß an der Grenze einem aktiven holländischen Offizier eine große deutsche Hakenkreuzflagge vom holländischen Zoll beschlagnahmt worden sei. Aus der Aufmachung der Notiz konnte man das Erstaunen des Blattes über diesen aktiven Offizier aus Den Haag erkennen. Im Geiste sah man schon das Urteil eines Kriegsgerichtes, vielleicht eine Entlassung dieses Offiziers aus dem Heer, weil er eine deutsche Hakenkreuzflagge nach Holland eingeschmuggelt hatte. Welch harmlose Lösung fand dieser Zwischenfall jetzt! Der holländische Offizier brachte eine große Hakenkreuzfahne aus Aachen mit, die sein Regiment für ein Fest benötigte. Da deutsche Teilnehmer eingeladen waren, wollte man die deutsche Reichsflagge zu Ehren der deutschen Gäste hissen. Am Zollamt verschwieg er das Mitführen der Flagge, da er diese Angaben für überflüssig hielt. Seitdem das Hakenkreuzbanner zur Reichsflagge erklärt worden ist, wird es auch im Ausland öffentlich gezeigt, was gewissen Kreisen verständlicherweise auf die Nerven fällt.

Kampf dem Frauenhandel

Den Mitgliedstaaten des Völkerbundes ist mitgeteilt worden, daß für Anfang 1937 eine internationale Konferenz für die Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels angesetzt worden ist. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihre Meinung über die Besetzung und das Programm der Konferenz zu äußern.

Die neue studentische Erziehung

Eine Unterredung mit dem Reichsamtsleiter des NSD-Studentenbundes

München, 18. November.

Die letzten Monate haben eine Klärung von wesentlicher Bedeutung für die studentische Erziehungsarbeit der Bewegung gebracht: die Frage der Korporationen ist grundsätzlich entschieden, sie steht nicht mehr zur Erörterung. Der NSD-Studentenbund, die für die politisch-weltanschauliche Erziehung der Gesamtstudentenschaft allein zuständige, dem Stellvertreter des Führers unmittelbar verantwortliche Stelle der Partei, hat in geradliniger Fortführung seiner Politik die Folgerungen aus der Entwicklung der jüngsten Zeit gezogen. Sein Ruf richtet sich heute nicht mehr an Korporationen, sondern **einzig und allein an den studierenden jungen Menschen** unmittelbar.

Der Reichsamtsleiter des NSD-Studentenbundes Albert **Derichsweiler** hat Gelegenheit genommen, sich mit einem Vertreter des DNB über die nunmehrige hochschulpolitische Lage und vor allem über die Grundlagen der weiteren Arbeit des NSD-Studentenbundes zu unterhalten. Er entwickelte im Laufe der Aussprache folgende Gedankengänge:

Mit Beginn des neuen Semesters am 1. November ist jeder Student vor die Frage gestellt, ob er sich dem NSD-Studentenbund eingliedern oder ob er sich außerhalb des Bundes halten will. Ein Zwang kommt nicht in Betracht, denn Nationalsozialismus kann nicht erzwungen werden. Die Frage lautet nicht „Muß ich?", sondern „**Darf ich im NSD-Studentenbund tätig sein?**" Der NSD-Studentenbund ist bestimmt eine Ausleseorganisation der Bewegung, der nationalsozialistische Stoßtrupp auf den deutschen Hochschulen zu werden. Daher kommt es ihm nicht darauf an, möglichst viele Mitglieder zu haben, er wird von vornherein, wenn auch nicht schematisch, seine **Mitgliederzahl beschränken**.

Die Kameradschaften

Mitgliedschaft im NSD-Studentenbund bedeutet nicht Uebernahme von Rechten, Ansprüchen und Anwartschaften, sondern genau so wie in der Bewegung überhaupt zuerst einmal Uebernahme von Pflichten. Es handelt sich aber nicht um Pflichten, die etwa bloß gelegentlich herantreten. Der NSD-Studentenbund gibt nun seiner Organisation — er ist in Hochschulgruppen gegliedert — einen festgefügten Unterbau und zwar in **Kameradschaften**. Jedes Mitglied muß einer Kameradschaft angehören; welcher Kameradschaft, das ist seiner Wahl freigestellt. Der Kameradschaftsführer wird vom Hochschulgruppenführer ernannt. Er soll in Zukunft aus der Kameradschaft selbst herauswachsen. Seine Aufgabe ist vor allem, dem ganzen Leben in der Kameradschaft einen neuen, nationalsozialistischen Stil zu geben. Dabei kann nicht nur, es soll sogar jede Kameradschaft ihr eignes Gesicht haben. Die Hauptsache aber ist und bleibt die einheitliche und geschlossene weltanschauliche Grundhaltung.

Der neue studentische Erziehungsplan

Ist es das Ziel, die nationalsozialistische Grundhaltung dem jungen Menschen zum ehernen Lebensgesetz zu machen, so gilt es, diesem Ziel in sicherem Fortschreiten immer näher zu kommen. Das ist Sinn und Zweck des vom NSD-Studentenbund für die gesamte Studienzeit seiner Mitglieder aufgestellten Erziehungsplanes:

Im ersten Semester ist das Kameradschaftsmitglied lediglich **Anwärter** des NSD-Studentenbundes. Seine Führung, seine gesamte Lebenshaltung wird der Prüfstein für seine endgültige Aufnahme sein. Diese Entscheidung wird vor allem in den Frühjahrsferien fallen; denn hier kommt der Anwärter in eines der Lager des Bundes. Nach dem zweiten Semester muß jedes Mitglied des NSDStB sechs Wochen lang an dem allgemeinen **studentischen Landdienst** teilnehmen. Der Landdienst wird jetzt von der Studentenschaft in Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbauernschaften organisiert.

In praktischer Arbeit am deutschen Boden hat sich zu erweisen, wer wirklich ein ganzer Kerl ist. Da hat er der Landwirtschaft nützliche Dienste in der Erntezeit zu leisten und gleichzeitig im Zusammenleben mit der Familie des Bauern ein Stück **Volkstumsarbeit** zu vollbringen, indem er namentlich durch seine ganze Persönlichkeit einen engen inneren Kontakt zwischen Bauern und Studenten herstellt und so die Volksgemeinschaft an einem wichtigen Punkt festigt.

Fachschaftsarbeit

Nach dem vierten Semester wird der Student aus der aktiven Kameradschaft entlassen und in die **Fachschaft** abgeordnet. Die Fachschaftsarbeit hat nichts mit der systematischen Vertiefung des Fachstudiums an sich zu tun, konkurriert also nicht mit andern Einrichtungen. Sie hat vielmehr die besondere Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit dem NS-Dozentenbund und andern zuständigen Stellen der Partei, wie NS-Aerztebund, NS-Juristenbund usw. das Fachwissen unter den Gesichtspunkten der nationalsozialistischen Weltanschauung zu betrachten und kritisch zu überprüfen. Die Mitarbeit in der Fachschaft findet für das Mitglied des NSD-Studentenbundes — und nur von diesen Studenten ist hier die Rede — ihren Abschluß mit dem Abgang von der Hochschule, also in der Regel mit dem Staatsexamen, nach dem der Uebertritt zu den entsprechenden Gliederungen der Partei erfolgt.

Und die Korporationen?

Aus alledem ergibt sich zwanglos die Haltung, die der NSD-Studentenbund jetzt gegenüber den Korporationen einnimmt. Im Augenblick bietet sich ihm folgende Lage: Wie die studentischen Verbände hat sich ein Teil der Korporationen aufgelöst; ein andrer Teil der Korporationen hat sich dem NSD-Studentenbund als Kameradschaftszelle zur Verfügung gestellt; eine dritte Gruppe will abseits bleiben, sie interessiert den NSD-Studentenbund nicht mehr, und **irgendeine Zusammenarbeit mit ihr kommt nicht in Frage**. Von jenen aber, die sich ihm zur Verfügung gestellt haben, wird nach Prüfung aller Voraussetzungen ein Teil übernommen, ein andrer Teil kann nach Zusammenlegung der bisherigen Korporationen ebenfalls als Kameradschaft eingegliedert werden.

Im ganzen Reich wird der NS-Studentenbund 180 bis 200 Kameradschaften zu je 20 bis 30 Mann bilden. In München z. B. werden für sämtliche Hochschulen — und zwar ohne Trennung nach Hochschulen — etwa 12 bis 15 Kameradschaften gebildet; hier haben sich bisher 50 Korporationen zur Verfügung gestellt. Schon daraus geht hervor, daß die Uebernahme weitgehend **Zusammenlegungen** voraussetzt. Die Zusammenlegung selbst bleibt Sache der zu übernehmenden Korporationen, mit ihr wird sich der NSD-Studentenbund nicht befassen.

Altkameradschaften

Die **Altherrenschaften** der übernommenen Korporationen bilden sich zu Altkameradschaften um. In sie werden auch alle Aktiven vom fünften Semester an übergeführt, da zu den Kameradschaften nur Studenten vom ersten bis vierten Semester herangezogen werden. Die seitherigen studentischen Korporationsangehörigen werden, soweit sie nicht bereits Mitglieder des NSD-Studentenbundes sind, unter den gleichen Voraussetzungen wie die ersten Semester, d. h. zunächst nur als **Anwärter**, in die Kameradschaft aufgenommen.

Die Kameradschaftsarbeit, organisch aufgebaut, ist nationalsozialistische Arbeit. Sie wird daher keinesfalls unter dem Deckmantel falschverstandener Traditionspflege einen alten Zopf fortschleppen. Es muß ganz klar ausgesprochen werden:

Die seitherige Entwicklung des studentischen Verbandswesens ist zum Abschluß gekommen. Der Wendepunkt ist erreicht. Der Weg zu neuen Zielen und zu den ihnen gemäßen Formen ist gewiesen. Das muß jeder Student wissen, der nun sein Semester beginnt und dem Hochschulgruppenführer klar Rede und Antwort zu stehen hat: NSD-Studentenbund oder nicht?

Wer darf Orden tragen?

Ausführungsverordnung über das Tragen von Orden und Ehrenzeichen

Berlin, 18. November.

Der Reichsminister des Innern hat mit Zustimmung des Führers und Reichskanzlers eine umfangreiche Ausführungsverordnung zum Ordensgesetz erlassen, die in Nummer 127 des Reichsgesetzblattes vom 16. November 1935 veröffentlicht worden ist. Sie ist dazu bestimmt, die auf dem Gebiete des Tragens von Orden und Ehrenzeichen bestehenden zahlreichen Zweifelsfragen zu beseitigen und den Kreis der zum Tragen zugelassenen Orden und Ehrenzeichen sowie die Voraussetzungen der Zulässigkeit ihres Tragens genau festzulegen. Damit dient sie zugleich dem Zweck, den rechtmäßigen Inhabern anerkannter Orden und Ehrenzeichen den gebührenden rechtlichen Schutz zu gewähren, dem unbefugten Ordenstragen aber wirksam entgegenzutreten.

Wer den Vorschriften der Ausführungsbestimmungen zuwider inländische oder ausländische Orden trägt, setzt sich nach § 6 d des Ergänzungsgesetzes zum Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 15. Mai 1934 der Bestrafung aus.

Von den wichtigsten Bestimmungen sind folgende hervorzuheben:

Orden und Ehrenzeichen dürfen nur getragen werden, wenn sie von der dazu befugten Stelle **ordnungsgemäß verliehen** worden sind und der Beliehene darüber ein **Besitzzeugnis oder eine Verleihungsurkunde** hat. Bei Orden und Ehrenzeichen für Verdienste im Weltkrieg gilt die ordnungsmäßige Eintragung der Auszeichnung in den Militärpapieren als ausreichender Ausweis über die Verleihung. Soweit Orden und Ehrenzeichen rechtmäßig, aber ohne Ausstellung eines Besitzzeugnisses oder einer Verleihungsurkunde verliehen worden sind, bedarf es zum Tragen der Auszeichnung der **Genehmigung**. Die Anträge sind an das Reichsministerium des Innern zu richten. Für verlorengegangene Besitzzeugnisse oder Verleihungsurkunden kann bei den in der Verordnung näher bezeichneten Stellen Ersatz beantragt werden.

Von den bei der Aufzählung der zugelassenen Orden und Ehrenzeichen an erster Stelle stehenden Ehrenzeichen der nationalsozialistischen Bewegung dürfen auf Anordnung des Führers und Reichskanzlers folgende Ehrenzeichen getragen werden:

- das Koburger Abzeichen,
- das Nürnberger Parteitagsabzeichen von 1929,
- das Abzeichen vom SA-Treffen Braunschweig 1931,
- das Ehrenzeichen für Mitglieder unter Nummer 100 000,
- der Blutorden vom 9. November 1923,
- das Traditions-Gauabzeichen und
- das Goldene HJ-Abzeichen.

Zu den zum Tragen zugelassenen Auszeichnungen gehören ferner alle während des Weltkrieges von einem Staatsoberhaupt oder einer Regierung oder mit ihrer Genehmigung verliehene Orden und Ehrenzeichen. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Orden und Ehrenzeichen erst in der Nachkriegszeit verliehen worden sind. Nachträgliche Verleihungen finden jedoch nicht mehr statt. Auch die Berechtigung zum Tragen nicht verliehener Auszeichnungen wird nicht mehr erteilt. Anträge dieser Art sind daher künftig zwecklos. Für das Verwundetenabzeichen bleibt eine Sonderregelung vorbehalten.

Von den erst in der Nachkriegszeit für die Teilnahme am Weltkrieg oder an den Nachkriegskämpfen oder aus diesem Anlaß geschaffenen Orden und Ehrenzeichen sind nur das **Ehrenkreuz des Weltkrieges**, das **Schlesische Bewährungsabzeichen** (Schlesischer Adler) und das **Baltenkreuz** zum Tragen gestattet. Alle übrigen Abzeichen, z. B. das Flandernkreuz, das Langemarkkreuz, die Regiments-Erinnerungskreuze, Grenzschutz- und Freikorpsabzeichen, Feldehrenzeichen, der Schlageterschild usw. dürfen nicht getragen werden.

Die von der Regierung eines ehemals verbündeten Landes verliehenen **Kriegserinnerungsmedaillen**, z. B. die Oesterreichische Kriegserinnerungsmedaille, dürfen von den Inhabern des Ehrenkreuzes für Frontkämpfer und Kriegsteilnehmer ohne besondere Genehmigung getragen werden. Für andere Beliehene ist zum Tragen der Medaille die Genehmigung des Führers und Reichskanzlers erforderlich. Sie wird nur beim Nachweis besonderer Verdienste des Beliehenen um das ehemals verbündete Land erteilt.

Die von einer Landesregierung oder mit ihrer Genehmigung sowie die von einem ehemaligen Landesherren verliehenen Orden und Ehrenzeichen dürfen insoweit getragen werden, als sie bis zum Inkrafttreten der Verordnung verliehen worden sind. Damit ist, soweit in der Verordnung nicht Ausnahmen ausdrücklich zugelassen sind, klargestellt, daß weitere Orden und Ehrenzeichen von diesen Stellen nicht mehr verliehen werden dürfen.

Die Verordnung enthält ferner Bestimmungen über das **Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes**, das **Sport-Ehrenzeichen** und die Auszeichnungen für die **Errettung von Menschen aus Lebensgefahr**. Sie sieht die Schaffung eines **Reichsfeuerwehr-Ehrenzeichens und eines Reichstreudienst-Abzeichens** durch den Reichsminister des Innern sowie die Schaffung eines **Reichsgrubenwehr-Ehrenzeichens** durch den Reichswirtschaftsminister vor.

Weiterhin werden in der Verordnung die **Trageweise und Rückgabe** der Orden und Ehrenzeichen geregelt. Erweist sich ein Beliehener durch sein späteres Verhalten, insbesondere durch Begehung einer entehrenden Straftat, der Auszeichnung unwürdig, so kann ihm der Reichsminister des Innern die Befugnis zum Tragen der Orden und Ehrenzeichen **entziehen**.

Die gewerbs- oder geschäftsmäßige Vermittlung der Verleihung von Orden und Ehrenzeichen wird untersagt. Unter **Strafandrohung** wird angeordnet, daß derjenige, der Orden und Ehrenzeichen feilhält, diese sowie die dazugehörigen Bänder nur gegen Vorlegung eines ordnungsmäßigen **Ausweises** an Privatpersonen aushändigen darf.

Endlich schreibt die Verordnung vor, daß Orden, Ehrenzeichen und Ordensbänder nur von solchen Verkaufsstellen vertrieben werden dürfen, die von dem Reichswirtschaftsminister oder den von ihm bezeichneten Stellen **zugelassen** sind. Nähere Bestimmungen darüber werden vom Reichswirtschaftsminister erlassen. Diese Bestimmung tritt am 1. April 1936 in Kraft; alle übrigen Vorschriften der Verordnung treten **sofort** in Kraft.

Das Horst-Wessel-Haus

Ministerpräsident Göring erinnert an den heldischen Kampf in Berlin

Berlin, 18. November.

Am Samstagmittag fand die feierliche Uebergabe des Horst-Wessel-Hauses (des früheren Karl-Liebknecht-Hauses) am Horst-Wessel-Platz an die preußische Katasterverwaltung durch den preußischen Finanzminister Professor Dr. **Popitz**, in Anwesenheit des Ministerpräsidenten, General der Flieger **Hermann Göring**, und der Mutter von Horst Wessel statt.

Dann sprach Ministerpräsident Göring über die Gewinnung des deutschen Arbeiters für den Nationalsozialismus, die gerade im Berliner Norden gewaltige Kräfte und leidenschaftlichen Willen forderte, um den Widerstand des Kommunismus zu brechen. Von dem Augenblick an, als hier im Berliner Norden ein Horst Wessel lebte und starb und zum ewigen unsterblichen SA-Mann wurde, sei der Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters entschieden gewesen, denn von diesem Augenblick an hätten die Arbeiter selbst das Braunhemd angezogen und Sturm auf Sturm kerniger Gestalten gebildet, bis das ganze Volk erobert war.

Das heutige Horst-Wessel-Haus sei die Hochburg des Kommunismus gewesen, von der Zerstörung und Anarchie in das Volk getragen werden sollten. Er, der Ministerpräsident, habe sich lange überlegt, ob er es nicht dem Erdboden gleichmachen solle, um zu zeigen, daß die Idee der Anarchie und Zerstörung vernichtet war. Zweckmäßigkeitsgründe hätten für die Erhaltung des Hauses gesprochen. Jetzt diene es der staatlichen Ordnung, als ein stolzes Wappenschild aber trage es den Namen Horst Wessels.

Meißener Devisenprozeß

Beweisanträge der Verteidigung

Berlin, 18. November.

Nach Eröffnung der Sitzung im Devisenprozeß gegen den Bischof von Meißen und seine Mitangeklagten vor der Vierten Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts stellten der Verteidiger des Bischofs einige **Beweisanträge**. Er bat, den Bischof von Berlin, Dr. Konrad Graf Preysing, als Zeugen darüber zu hören, daß es nicht zu den Pflichten eines Bischofs gehöre, sich um alle Einzelheiten verwaltungstechnischer Angelegenheiten, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, zu kümmern, daß er das vielmehr seinen Mitarbeitern überlassen dürfe. Weiter wiederholte er in der Form eines Beweisantrages seine bereits am Donnerstag geäußerten Anregungen, daß ein **Bankfachverständiger** zu den Verhandlungen zugezogen werden möge.

Der Vorsitzende stellte die Beratung über diese Beweisaufnahme einstweilen zurück.

Nach der Vernehmung von Professor Soppa wurde der beschlagnahmte Briefwechsel verlesen, der verschiedene belastende Wendungen enthält. Dr. Theodor Legge forderte in einem dieser Briefe Dr. Soppa auf, alle Korrespondenz, die mit der Obligationsangelegenheit zu tun hat, am besten in seiner **Privatwohnung** aufzubewahren! In einem andern Schreiben teilt Dr. Soppa mit, die holländische Bank T., die Treuhänderin für die Bistumsanleihe, sei unvorsichtig gewesen und habe klare Rechnungen geschickt. Hoffentlich habe das niemand gesehen. Im Dezember 1934 schrieb Dr. Soppa an Dr. Legge: Wir haben eine kleine Dummheit begangen. Die T.-Bank hat die Zinsscheine von den Obligationen hier auf dem Zettel erwähnt. Infolgedessen fragt das Landesfinanzamt an, mit welcher Genehmigung wir die Zinsscheine überlandt haben. Sie wollen den Rat des uns bekannten Herrn einholen, wie wir am besten antworten. Die Antwort Dr. Legges fiel dahin aus, Dr. Soppa möge angeben, daß es sich um rechtmäßig gekaufte Stücke handle, und sagt dann weiter: Sie geben an, daß Sie durch die Verrechnung der Zinsen dem Deutschen Reich Geld sparen wollten. Sie werden dann belehrt werden, daß das trotzdem verboten war, und Sie werden sich diese Belehrung zur Richtschnur dienen lassen.

Interessant ist, daß Dr. Legge in demselben Brief von Dr. Soppa die Uebersendung einer Blankovollmacht zur Erstattung einer Volksverratsanzeige verlangt. Dr. Soppa glaubt, wie er sich verteidigt, daß diese Vollmacht nur zur Erstattung einer Volksverratsanzeige über den vorerwähnten Zinsbetrag von 87 Gulden verwendet werden sollte. In Wirklichkeit ist sie aber benutzt worden für eine Volksverratsanzeige, die den inzwischen von Dr. Hofius gekauften Obligationsbetrag von 95 000 Gulden betraf. Dr. Soppa will davon nichts gewußt haben. — Bezeichnend ist übrigens, daß das Wort Obligation im Briefwechsel häufig durch den Decknamen „**Korrespondenz**" ersetzt ist.

Bei der **Verlesung der Protokolle** über die unter Mitwirkung des Generalvikars Dr. Soppa abgehaltenen Domherrensitzungen gab ein Vermerk: „Geschäftsverbindung mit Dr. **Hofius**" Anlaß zu einer längeren Erörterung. Dieser Vermerk findet sich unter dem 15. Januar dieses Jahres, in einer Zeit also, als Dr. Soppa bereits von dem in Haft befindlichen Rechtsanwalt Dr. Kaltenbach (Berlin) schriftlich darüber unterrichtet worden war, daß er für das Bistum Meißen auf Grund des Volksverratsgesetzes 95 000 Gulden Obligationen und 30 450 Gulden in bar als im Ausland befindlich angemeldet hatte. Der Bischof erklärte, daß Dr. Soppa ihm mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand [illegible] habe. Er sei daher auch nicht über die näheren Einzelheiten der Volksverratsanzeige unterrichtet worden.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde sodann ein Bericht des Dr. Hofius verlesen, wonach nur Dr. Theodor Legge, nicht aber Dr. Soppa, Einfluß auf das Auslandskonto bei der Universumbank in Amsterdam genommen hat. Die als Sachverständige zugezogenen Aerzte stellten übereinstimmend fest, daß der Bischof an Nierensteinen und auffallend hohem Blutdruck gelitten habe. Im Zusammenhang damit hätten sich auch seelische Depressionen eingestellt.

Der Staatsanwalt lehnte anschließend die Beweisanträge der Verteidigung als **unbegründet** ab.

Warenverkehr Deutschland—England

Berlin, 18. November.

Amtlich wird mitgeteilt: Die britische Regierung hat der Reichsregierung in diesen Tagen in einer Note mitgeteilt, daß infolge der von ihr getroffenen Wirtschaftsmaßnahmen gegen Italien vom 18. November ab bei der Wareneinfuhr aus Deutschland nach England die Eigenschaft der Waren als deutsche Waren durch Ursprungszeugnis besonders nachgewiesen werden müsse. — Die Reichsregierung ist daraufhin unverzüglich an die britische Regierung herangetreten, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß nach Auffassung der deutschen amtlichen Stellen das Verlangen der Beifügung von Ursprungszeugnissen für deutsche Waren in diesem Falle mit den Einzelbestimmungen des deutsch-englischen Handelsvertrages **nicht** im Einklang stehe.

Schluß des redaktionellen Teils

Dr. Wiggers Kurheim
Partenkirchen (Sonnigster Winterkurort der Alpen)
Klinisch geleitete Kuranstalt für alle inneren, Nerven-, Stoffwechsel- und dergl. Krankheiten. Neuzeitlich eingerichtetes Kurmittelhaus mit allen erprobten Einrichtungen für Diagnostik und Therapie. — Vier [illegible] — Im Herbst und Frühjahr Preisermäßigung. Pauschalkuren — Sportmöglichkeiten aller Art.
Unter gleicher Oberleitung:
Das Familienhotel „Der Kurhof"
Pension von 8,— bis 14,— Mark.
Prospekt durch Geheimrat Dr. Florenz Wigger

Die Feierstunde

Unterhaltung im Westdeutschen Beobachter

Das Fräulein Marianne

Roman von Hugo Schäfer

[illegible]

Für die Frau

Die liebe, leidige Eifersucht

[illegible]

Führen Sie ein Haushaltsbuch?

[illegible]

Inventur auf dem Waschtisch

[illegible]

Stadtarchiv Euskirchen